

Meldungen

zusammengestellt von Jan Heller

Bundestagsdelegation besuchte Afghanistan

Ende Mai absolvierte eine Delegation des Bundestages einen zehntägigen Besuch in Afghanistan und Pakistan. Unter Leitung von Claudia Roth ('Bündnis 90/Die Grünen'), Vorsitzende des Bundestags-Menschenrechtsausschusses, führte die nur aus weiblichen Abgeordneten bestehende Delegation in Kabul ausführliche Gespräche mit Vizepremier Abdul Kabir und Außenminister Wakil Ahmad Mutawakkil sowie in Nordafghanistan mit Führern der Anti-Taleban-Allianz. Nach einem Gespräch mit der pakistanischen Zeitung 'The News' in Islamabad wurde Roth mit der Aussage zitiert, daß Afghanistan auf Grund der unsäglichen Lebensbedingungen in Folge von 20 Jahren Krieg und der aktuellen Dürre dringend humanitäre Hilfe der Weltgemeinschaft benötige. Roth forderte die Führer beider Kriegsparteien auf, einem sofortigem Dialog, einem Waffenstillstand und der Bildung einer Regierung auf breiter Basis zuzustimmen. Eine einseitige Kapitulation oder eine neue große Militäroffensive einer Seite hingegen sei dem Frieden nicht förderlich. Die Taleban müßten internationale Rechtsstandards im Umgang mit der Bevölkerung beachten. Gegenüber 'The News' habe Roth erklärt, sie sei von ihren Eindrücken so schmerzlich berührt, daß sie der Weltöffentlichkeit empfehle zu vergessen, was für ein Regime in Kabul herrsche und großzügig Unterstützung für die Bevölkerung zu leisten - auch für den Wiederaufbau der Infrastruktur, also über Nothilfe hinaus auch Entwicklungshilfe zu leisten. Zudem forderte sie gleichen Bildungszugang für Frauen und Männer in Afghanistan und bedauerte, daß die Taleban Frauen kaum Zugang zum Arbeitsmarkt gewährten. "Es ist eine menschliche Tragödie, daß es wichtigen Professorinnen, Ingenieurinnen, Akademikerinnen, Lehrerinnen und anderen berufstätigen Frauen nicht erlaubt wird, ihre Rolle zu spielen."

Taleban-Außenminister Mutawakkil erwiderte laut der in Kabul erscheinenden Taleban-Zeitung 'Anis' zufolge u.a., daß die Taleban-Regierung bereits auf breiter Basis beruhe, da in ihr alle Völkerschaften vertreten seien. Zu den

Menschenrechten erklärte er laut 'Anis': "Wir respektieren alle Regeln und Normen, die nicht der islamischen Scharia-Rechtsprechung entgegenstehen." Die Menschenrechte seien in Afghanistan "nie mehr respektiert" worden, als in den Gebieten, die das Islamische Emirat Afghanistan der Taleban kontrolliere, fügte er hinzu.

Pakistan bleibt pro-Taleban

"Nationale Sicherheitsinteressen in Afghanistan, sowohl demographische als auch geographische", hat Pakistans Machthaber General Pervez Musharraf auf einer Pressekonferenz am 25. Mai unterstrichen. Damit verteidigte er die Pro-Taleban-Politik seiner Regierung. "Die Paschtunen sollten auf unserer Seite sein, und sie werden von den Taleban repräsentiert", fügte er hinzu. Musharrafs Äußerungen riefen eine ungewöhnlich scharfe Reaktion beim früheren afghanischen König Muhammad Zaher Shah hervor, der ihm vorwarf, damit ethnische Spannungen zu schüren. Auch die oppositionelle 'Vereinigte Front' verurteilte Musharrafs Äußerungen.

Mißhandlung

Ein Drittel aller afghanischen Frauen wird von ihren Ehemännern geschlagen. Dies meldete die von den Taleban in Kabul herausgegebene Zeitung 'Anis' am 6. Juni.

Kindersoldaten

Die Taleban haben ihre Gegner beschuldigt, Kindersoldaten einzusetzen. Die in Kabul erscheinende Taleban-Zeitung 'Hewad' meldete am 5. Juni unter Berufung auf Augenzeugenberichte, daß Jugendliche - teilweise nur 16 und 17 Jahre alt - in Bazarak (Panjshir-Tal) zwangsweise für die Einheiten des Oppositionsführers Ahmad Shah Massud ausgebildet würden. Sie stammten aus dem Tal selbst oder aus den Reihen der Binnenflüchtlinge aus der Schimali-Ebene. Letztere waren von dort in den Vorjahren von den Taleban vertrieben worden. Die Taleban selbst waren vom UN-Sonderberichterstatter über Menschenrechte in Afghanistan, dem früheren Außenminister Bangladeshs, Kamal

Hossein, beschuldigt worden, Kindersoldaten einzusetzen, hatten das jedoch zurückgewiesen.

Kabul: 1,78 Millionen Einwohner

Nach einer neuen Untersuchung von humanitären UN-Agenturen hat Afghanistans Hauptstadt bedeutend mehr Einwohner als angenommen. Nach dieser Untersuchung leben dort derzeit 1,78 Millionen Menschen. Bisher war man von 1,2 bis 1,4 Millionen ausgegangen.

UN-Mitarbeiter getötet

Bei einem Bombenangriff der Taleban auf die nordafghanische Stadt Taloqan am 20. Mai wurde auch der afghanische UNDP-Mitarbeiter Bashir Ahmad sowie sechs seiner sieben Kinder getötet. Eine Bombe hatte sein Haus getroffen, in dem die Familie die Nacht verbrachte. Ahmads Frau und eine sechsjährige Tochter überlebten verletzt. Die UN verurteilte die "unterschiedslose Bombardierung" in einer offiziellen Stellungnahme und verwies darauf, daß dies nicht der erste Fall sei, daß unbeteiligte Zivilisten getötet worden seien. Bei ihren Verhandlungen im Mai in Jeddah hatten beide afghanischen Kriegsparteien ihre Verpflichtung bekräftigt, bei ihren Militäraktionen Zivilisten zu schonen.

Umsiedlung der kirghisischen Minderheit

Die GUS-Republik Kirghisistan will auf deren Antrag 1.500 afghanische Kirghisen aufnehmen. Das kündigte der Direktor der Migrationsbehörde der Hauptstadt Bischkek, Taalabek Kydyrov, Ende Mai gegenüber der einheimischen Nachrichtenagentur 'Kyrgyz News' an. Offenbar handelt es sich dabei zumindest teilweise um Flüchtlinge, die sich bereits in den Provinzen Batken und Osch aufhalten. Die meisten afghanischen Kirghisen waren bereits während der sowjetischen Besetzung Afghanistans (1979-89) in die Türkei umgesiedelt worden.

Taleban-Söldner?

18 Afghanen und ein Pakistani wur-

den am 24. Mai auf dem Flughafen der kasachischen Hauptstadt Almaty unter dem Verdacht festgenommen, Mitglieder der Taleban zu sein. Sie wollten mit wenig Gepäck, aber ausländischer Währung und offenbar falschen Pässen, aus Karachi kommend, angeblich auf Arbeitssuche nach Usbekistan und Kirgisistan einreisen. In beiden GUS-Staaten sind in den letzten Jahren islamistische Gruppen verstärkt in Erscheinung getreten.

USA für 'Loya Jirga'

Die US-Regierung erwägt konkrete Unterstützung für die Einberufung einer 'Loya Jirga' in Afghanistan. Der Vorschlag, diese traditionelle Versammlung von Vertretern aller ethnischen und sozialen Gruppen Afghanistans zur Krisenlösung einzuberufen, wird besonders vom ehemaligen König Muhammad Zahir Schah und im sogenannten Rom-Prozeß zusammengeschlossenen afghanischen Exilpolitikern betrieben. Im Mai sandte die Rom-Gruppe mehrere Delegationen zu Gesprächen mit US- sowie UN-Vertretern in die Vereinigten Staaten und führte Gespräche im 'State Department', im Nationalen Sicherheitsrat und mit den Kongreßmitgliedern Benjamin Gelman und Dana Rohrbacher. Der Unterstaatssekretär für Äußeres, Thomas Pickering, sagte den Besuchern, "daß wir Wege prüfen, ihre Anstrengungen konkret zu unterstützen". Die USA unterstützten "Initiativen wie den Rom-Prozeß, die versuchen, den Konflikt zu beenden und eine Regierung zu etablieren, die die Interessen aller Sektoren der afghanischen Bevölkerung repräsentiert". Er empfahl den Teilnehmern des Rom-Prozesses, sowohl die Taleban als auch ihre Gegner in ihre Bemühungen einzubeziehen. Ex-Monarch Zahir Schah äußerte sich zufrieden über diese Unterstützung. Demnächst sollen Rom-Delegationen auch die Taleban und die 'Vereinigte Front' aufsuchen. Während letztere sich verbal mehrfach für die 'Loya Jirga' ausgesprochen hat, sind die Taleban reserviert, haben sie aber nicht grundsätzlich abgelehnt. Allerdings bestreiten sie die Legitimation des Ex-Königs, die Versammlung einzuberufen. Dazu sei nur der afghanische "Führer" berechtigt, als den sie ihr Oberhaupt Mulla Muhammad Omar ansehen, der 1996 den Titel "Amir ul-Mumenin" (Oberhaupt der Gläubigen) angenommen hat.

Indien und Iran führen Gespräche über Afghanistan

Indiens Außenminister Jaswant Singh hat Ende Mai in Teheran Gespräche mit hochrangigen iranischen Vertretern ge-

führt, darunter Staatspräsident Seyyed Mohammed Khatami und Außenminister Kamal Kharazi. Nach Berichten indischer Zeitungen haben beide Länder auf der Basis "wachsender Interessenkonvergenz in Afghanistan" begonnen, eine "substantielle politische Kooperation in regionalen Sicherheitsfragen" ins Auge zu fassen. Dies könne möglicherweise auch eine größere Koordination ihrer diplomatischen Anstrengungen in Sachen Afghanistan sowie eine militärische Zusammenarbeit beinhalten. Beide Länder gehören zu den Unterstützern der afghanischen Anti-Taleban-Opposition.

Annäherung der Mujahedinpartei an Taleban

Die ehemalige Mujahedinpartei 'Nationale Islamische Front Afghanistans' (NIFA) unter Führung von Seyyed Hamid Gailani hat sich dafür ausgesprochen, "anzuerkennen, daß die Taleban die Mehrheit der Gebiete Afghanistans regiert". Es sei deshalb im Interesse des Friedens, daß NIFA in Verhandlungen mit ihnen eintrete, so Parteisprecher Naimi. Gailani und Naimi hätten deshalb bereits Taleban-Bildungsminister Amir Khan Muttaqi getroffen, der auf dem Weg zu den intra-afghanischen Gesprächen in Jeddah gewesen sei - ein Hinweis darauf, daß das Treffen in Pakistan stattfand. NIFA unterstützt die Einberufung einer 'Loya Jirga' (siehe auch Meldung: USA für Loya Jirga). Vertreter der Partei hätten bereits im April Taleban-Vertreter im ostafghanischen Jalalabad getroffen und eine Botschaft an Taleban-Chef Mulla Omar übermittelt und angeblich einen Termin für ein Treffen zwischen Gailani und Omar Ende Mai in Afghanistan festgesetzt. Von einem solchen Treffen wurde aber bis Anfang Juni nicht berichtet.

Irans Parlament für Grenzschießung

Irans Parlament hat in einer seiner letzten Debatten vor Beginn der neuen Legislaturperiode am 17. Mai ein Gesetz beschlossen, das die Schließung der Grenze des Landes zu Afghanistan vorsieht, um den Drogenschmuggel zu unterbinden. Allerdings ist unklar, ob die Budgetmittel für den Bau einer Grenzmauer auch vom neuen Parlament bewilligt werden. Vorausgegangen war eine scharfe Attacke von Abgeordneten aus der Grenzregion auf Innenminister Abdolwahed Mussawi-Lari, der einen Mangel an Sicherheit zugelassen habe. "Jeden Tag werden unsere Kinder, Frauen und Männer von afghanischen Banditen und Drogenhändlern erschossen, als Geiseln genommen oder vergewaltigt", beschwerte sich der Abgeordnete Ebrahimbay Salami. Er sprach von

einer "Terrorherrschaft" von hunderten bewaffneten Schmugglern und Banditen in diesem Gebiet. 1999 wurden 740 Drogenschmuggler und 174 iranische Polizisten an der Grenze zu Afghanistan getötet.

Debatte über "Transithandel"

Afghanistans Taleban haben pakistanische Berichte bestritten, daß sie zugestimmt hätten, 30 Güter aus der Liste des 'Afghanischen Transithandelsabkommens' (ATTA) zu streichen. Dies war in Islamabad nach einem Treffen zwischen den Innenministern beider Länder, General Moinuddin Haider und Mulla Abdul Razzaq Akhund, Mitte Mai in Islamabad bekanntgegeben worden. Pakistan habe dabei den Taleban klar gemacht, daß der Verkehr über die Grenze reguliert werden müsse. Razzaq habe im Prinzip zugestimmt, aber um Zeit gebeten, eigene Vorschläge vorzulegen. Zu den 30 Gütern, die künftig vom Import nach Afghanistan ausgenommen sein sollen, gehören u.a. alle Arten Fahrzeuge, Zigaretten, Fernsehgeräte, Videorecorder und -kassetten, Air Conditioner und Kosmetika. Im Falle der elektronischen Geräte argumentiert die pakistanische Seite damit, daß die Taleban Fernsehen und Filme verboten haben und deshalb keine Notwendigkeit für deren Einfuhr nach Afghanistan bestehe. Tatsächlich wird ein Großteil der Waren nur zum Schein nach Afghanistan eingeführt und wieder nach Pakistan zurück geschmuggelt, wo sie - faktisch zoll- und steuerfrei - wieder verkauft werden. Pakistan erleidet dadurch jährlich Milliardenverluste an Steuereinnahmen. Umstritten sei u.a. die Streichung von Telefonen, Fahrrädern, Ersatzteilen, Glühbirnen und Leuchtstoffröhren, Nähmaschinen, Werkzeugen, Schuhen, Zucker, schwarzem Tee und Rasierklingen.

Bereits vor diesem Treffen hatte die Regierung der Nordwest-Grenzprovinz die Errichtung von 16 Grenzposten des Innenministeriums beschlossen, um den Schmuggel aus Afghanistan zu unterbinden. Die pakistanische Zeitung 'Dawn' berichtete jedoch am 29. April, nach der Errichtung von 13 der Grenzposten, daß offiziellen Quellen zu Folge der Erfolg bisher ausgeblieben sei.

Kriminalität nimmt zu

Afghanistans Taleban haben Mitte Mai in zwei separaten Zwischenfällen in den Provinzen Farah und Helmand 40 Straßenräuber erschossen. Ein Taleban-Sprecher nannte die Erschossenen frühere Mujahedin, die sich Raub und Plündererei zugewandt hätten. Bereits Ende vergangenen Jahres war von zuneh-

menden nächtlichen Überfällen auf Reisende auch in der ostafghanischen Provinz Zabul berichtet worden. Auch in den Städten Herat und Kabul hatten Überfälle und Einbrüche in den Wintermonaten zugenommen. Am 6. Juni berichtete 'Radio Sharia', daß vier Verdächtige festgenommen worden seien, die des Mordes und Raubes an einem Taxifahrer in der Provinz Ghazni beschuldigt werden. Der Zeitpunkt der Straftat wurde nicht bekanntgegeben.

Taleban des Massakers beschuldigt

Die Anti-Taleban-Allianz hat die Taleban beschuldigt, Mitte Mai 198 Kriegsgefangene hingerichtet zu haben, um den in Jeddah vereinbarten Austausch zu unterlaufen. Ein anderer Bericht sprach davon, daß es sich bei den Getöteten nicht um Kriegsgefangene gehandelt habe, sondern um Jugendliche im kampffähigen Alter, die als potenzielle Oppositionelle verhaftet worden seien. In beiden Fällen wurde als Ort des Mordes jedoch der Robatak-Paß an der Grenze zwischen den Provinzen Samangan und Baghlan angegeben. Die Taleban bestritten die Vorwürfe kategorisch und beschuldigten die Opposition ihrerseits, damit den vereinbarten Austausch der Gefangenen verhindern zu wollen. Unabhängige Bestätigungen oder Dementis liegen nicht vor. Bereits im April hatte die iranische Nachrichtenagentur IRNA unter Berufung auf Oppositionsquellen gemeldet, die Taleban hätten im Distrikt Gusfandi (Provinz Sarepul) 26 Dorfälteste exekutiert, die zwischen den kriegführenden Seiten vermitteln wollten.

Waldbrand in Kunar

Wochenlang hat Anfang Mai ein Waldbrand im ostafghanischen Petschtal (Provinz Kunar) gewütet und Schäden in Millionenhöhe (Dollar) angerichtet. Nach Taleban-Angaben sollen über 25.000 Bäume vernichtet worden sein. Das Feuer war an der Schlucht Schechan Tangi ausgebrochen und hatte sich binnen vier Tage über etwa 15 Kilometer bis zum Scholas-Paß ausgedehnt. Als Ursache der Brände werden von Nachrichtenagenturen "Differenzen in der lokalen Bevölkerung über die Eigentumsrechte an den Wäldern" angegeben. Da in diesem Gebiet keine ausreichenden Mittel zur Brandbekämpfung zur Verfügung stehen und nur traditionelle Mittel wie das Schlagen von Brandschneisen zum Einsatz kamen, mußte der Brand weitestgehend von allein verlöschen, was mittlerweile der Fall ist. In dem Gebiet, daß zu Nuristan gehört, hatten sich Teile der örtlichen Bevölkerung gegen Abholzungen durch

die pakistanische Holzmafia gewandt, die wiederum mit den Taleban liiert ist. Unter ihrer Herrschaft wurden die Schmuggelwege für Holz weiter nach Süden verlegt und verlaufen jetzt über die Taleban-Hochburg Kandahar nach Quetta in Pakistan und werden auf dieser Route von den Taleban besteuert. Gegner der Abholzungen, die u.a. zu unabhängigen Räten in drei Tälern Nuristans gehören, werden hingegen von der Anti-Taleban-Allianz umworben.

Frau gesteinigt

Wegen angeblichen Ehebruchs ist am 1. Mai eine Frau namens Suriya (Soraya?) im Sportstadion der nordafghanischen Mazar-e-Scharif gesteinigt worden. Laut einer Meldung von 'Radio Shariat' habe die Frau ihre Tat gestanden. Gemeldet wurde hingegen nicht, was mit dem beteiligten Mann namens Abdul Dschabbar geschah. Tausende Menschen sahen der Steinigung zu. Ehebruch gehört nach der islamischen Sharia-Rechtssprechung zu den schwersten Sünden. Die letzte Hinrichtung einer Frau geschah Ende November 1999 in Kabul, als eine Frau und Mutter von sieben Kindern von Taleban erschossen wurde, weil sie ihren Ehemann mit der Axt erschlagen haben soll. Auch damals wurde nichts über eine etwaige Vorgeschichte bekannt.

Misere im Bildungswesen

Nur vier bis fünf Prozent aller afghanischen Kinder im Grundschulalter besuchen nach UNICEF-Angaben tatsächlich eine Schule mit breiter Ausbildung. Im Sekundär- und Oberstufenalter ist das Bild sogar "noch trüber" berichtete die BBC Anfang Mai unter Berufung auf UNICEF. Die Angabe "breite Schulbildung" bezieht sich auf die Tatsache, daß bedeutend mehr Schulkinder islamische Schulen (Madrassas) besuchen, in denen ausschließlich oder überwiegend religiöse Themen vermittelt werden, seit die Taleban ab 1995 in immer mehr Gebieten Afghanistans die Macht übernahmen. Naturwissenschaftliche Fächer werden dadurch in den Hintergrund gedrängt. Oft sieht das Bild außerhalb der Städte und damit der intensivsten Taleban-Kontrolle besser aus, in dortigen Schulen - oft von ausländischen NGOs gefördert - halten sich religiöse und weltliche Bildung zumindest die Waage.

Masernepidemie

Masern haben nach UNICEF-Angaben in Nordost-, Zentral- und Südwest-Afghanistan über eintausend Todesopfer gefordert. Allein im Distrikt Tolak in der

zentralafghanischen Provinz Ghor seien 96 Kinder und im Distrikt Yaftali (Badachschan) fast 50 Kinder an der Krankheit gestorben. UNICEF hat Impfstoff für 3.000 Kinder in den gefährdeten Gebieten verteilt, um eine weitere Ausbreitung der Epidemie zu verhindern. Ausgebrochen war die Krankheit Anfang Februar im Distrikt Dara-ye Suf (Provinz Samangan) weiter nördlich, einem der derzeit am härtesten umkämpften Gebiete des Landes.

Telefon und Post kommen zurück

Die Taleban-Behörden haben im April Abkommen mit Firmen aus den Vereinigten Arabischen Emiraten und China zur Wiederbelebung des Kommunikationssektors abgeschlossen. Das Abkommen mit der chinesischen Firma EIIC über die Bereitstellung einer Telefonvermittlungsstelle wird eine Direktwahl ins In- und Ausland für bis zu einer Million Telefonverbindungen möglich machen, sagte Qari Fazl Rabi, Vizechef der Nachrichtenagentur Bachtar in einem Interview mit 'Voice of America'. Die 'SURIA Satellite Company' soll innerhalb von neun Monaten ein Mobiltelefonsystem starten, daß über einen Satelliten der Gesellschaft Afghanistan mit 99 Ländern verbinden soll. Das Taleban-Kommunikationsministerium hatte in letzter Zeit in Kabul mehrere Fax- und Telefonzentren eröffnet, in denen afghanische Familien Kontakte zu Verwandten im Ausland herstellen können. Mitte April schlossen die Taleban mit Iran ein Abkommen zur Wiederaufnahme des Postverkehrs, der seit acht Jahren unterbrochen war, über die Grenzstation Islam Qala. Einen ganz besonderen Briefverkehr haben NGOs mit UN-Finanzierung für das zentralafghanische Hazarajat eingerichtet, das sogar 20 Jahre lang postalisch unzugänglich war. Derzeit funktioniert das Hazarajat Post Office in sechs Distrikten, meldet der Rundbrief 'Hazarajat Assistance Newsletter'. Dort können die Anwohner ihre Briefe unentgeltlich in Sammelstellen abgeben, die NGOs sorgen für den Weitertransport.

Taleban-Menschenrechtskommission in Gründung

Die Taleban sind nach afghanischen Presseberichten dabei, eine "halbstaatliche" Menschenrechts- und Anti-Terrorismus-Kommission zu bilden. Sie soll sich mit Menschenrechtsverletzungen in Afghanistan und im Ausland befassen und das Recht haben, auch "die Regierung" (die Taleban) zu kritisieren. Derzeit suchen die Taleban unter Leitung von Außenminister Wakil Ahmad Mutawakkil nach einem geeigneten

Mann für den Vorsitz der Kommission.

Biodiversität in Gefahr

Vor einer "genetischen Erosion" bei Nutzpflanzen hat die UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) gewarnt. Ursachen dafür seien vor allem der anhaltende Krieg sowie Ressourcenmangel für Projekte wie Genbanken, die die Artenvielfalt erfassen. Afghanistan verfügt über eine reiche Artenvielfalt bei Obstsorten und Nüssen. So sind nach FAO-Angaben 45 Arten von Weintrauben bekannt, in manchen Quellen ist sogar von 80 bis 90 die Rede. Wein ist mit 80.000 Hektar, die Hälfte der Fläche mit Obstanbau, die wichtigste Fruchtkultur in Afghanistan. Bei einer Untersuchung im nordafghanischen Distrikt Imam Saheb (Provinz Kunduz) fand die Organisation allein sechs Sorten Walnüsse, acht Sorten Aprikosen, zwölf Sorten Mandeln und 16 Melonensorten. Weizen, Oliven, Feigen, Maulbeeren, Granatäpfel und Pistazien sind ebenfalls vielfältig vertreten. Gerade die

Pistazienhaine aber sind den Kriegseinwirkungen zum Opfer gefallen. Die FAO gibt die Schäden in den Provinzen Samangan mit 50 bis 80, in Baghlan mit 20 bis 60, in Badachschan mit 40 bis 50, Tokhar mit 10 bis 40 sowie Kunduz mit 30 Prozent an. Ursachen seien willkürliche Abholzungen durch die Kriegsparteien sowie durch die Bevölkerung, der es an Feuerholz mangelt oder für den Getreideanbau, Bodenerosion und der Export von Walnuß- und Pistazienwurzelholz in die Nachbarländer. Fälle willkürlicher Abholzung sind die Vernichtung ausgedehnter Obstgärten nördlich von Kabul durch die Taleban 1998, um die Bevölkerung an der Rückkehr in ihre Dörfer zu hindern, und die Zerstörung der Versuchsfarm Badam Bagh (Mandelgarten) am Stadtrand Kabuls durch einen Unterkommandeur des heutigen militärischen Oppositionschefs Ahmad Schah Masud in der ersten Hälfte der 90er Jahre. Die Genbank des Forschungszentrums Dar-ul-Aman in Kabul, dem afghanischen Landwirtschaftsministerium angeschlossen,

wurde 1992 geplündert. 1996 begann die FAO, die Mustersammlungen, Baumschulen und Versuchsfarmen zu erneuern. Auch verschiedene NGOs wie die deutsche Welthungerhilfe sind daran beteiligt. Doch ihnen allen, warnt die FAO, drohen nun die Mittel auszugehen.

Laut 'Hazarajat Assistance Newsletter' haben die Einwohner des Dorfes Dah Marda Maßnahmen zum Schutz der wildlebenden Pflanze "Asphodel" getroffen, aus der sie Feuermaterial und Viehfutter gewinnen. Aus den Wurzeln der buschartigen Pflanze kann zudem Klebstoff gewonnen werden. Da unkontrolliertes Sammeln die Pflanze an den Rand des Verschwindens gebracht hat, beschlossen die Einwohner Dah Mardas, den Zugang zu den Berghängen, auf denen Asphodel wächst, zu begrenzen und nur für die Zeit zu erlauben, nachdem die Pflanze Samen gebildet hat. Sogar ein Wächter wurde für diese Aufgabe angestellt. Wer dem Verbot zuwiderhandelt, muß zur Strafe ein Schaf schlachten und das ganze Dorf zum Festessen einladen.

Die Afghanische Universität in Peshawar

In den letzten Monaten haben Verhandlungen mit internationalen Geberorganisationen stattgefunden, um einen 'Trust' zur Unterstützung der afghanischen Universität in Peshawar zu gründen. Die Hochschule ist neben der Universität Kabul die einzige funktionierende Studieneinrichtung für afghanische Studenten und Studentinnen. Der damalige Universitätsrektor und heutige Berater der Universität Dr. Farzand Ali Durrani bemüht sich sehr, finanzielle Mittel von internationalen Organisationen und westlichen Ländern zu bekommen, um die afghanische Hochschule auf pakistanischem Boden am Leben zu erhalten. Aufgrund akuter finanzieller Probleme wurde die Uni dreimal geschlossen und im Oktober letzten Jahres wiedereröffnet. Die neue Universität ist das Resultat eines Zusammenschlusses von fünf privaten afghanischen Hochschulen. Zur Zeit studieren 2.000 StudentInnen in neun Fakultäten — Medizin, Ingenieurwesen, Landwirtschaft, Informatik, Pharmazie, Somatology, Jura und Politische Wissenschaften, Islamische Studien und Literatur sowie Journalismus.

Aufgrund der Entscheidung der Taliban, weiterführende Schulen, Colleges und die Uni für Mädchen in Kabul und anderen Gebieten des Landes geschlossen zu halten, ist die Afghanische Universität in Peshawar die einzige Möglichkeit für Mädchen, Hochschulbildung zu erhalten. Mehr als 500 Mädchen aus allen Teilen Afghanistans studieren an der medizinischen Fakultät, die anderen Fächer sind zur Zeit noch männlichen Studenten vorbehalten.

Dr. Durrani hat errechnet, daß circa 0,6 Millionen US-Dollar notwendig sind, um die Kosten der Universität zu decken. Zehn Millionen Rupien werden jährlich durch Studiengebühren eingenommen, die Kosten belaufen sich aber auf 45 Millionen Rupien. Vor einigen Monaten mußten die Studiengebühren erhöht werden, was einen Studienabbruch von mehreren hundert Studenten und vor allem Studentinnen zur Folge hatte. Dr. Durrani berichtet von Gesprächen mit der Weltbank und dem Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) und das er ihnen vorgeschlagen hat, Stipendien in Höhe von 5.000 Rupien an die StudentInnen zu zahlen. Außerdem werden dringend technische Ausstattungen und Ausrüstungen für die Laboratorien gebraucht. Für die StudentInnen der medizinischen Fakultät ist ein Lehrkrankenhaus notwendig.

Dr. Nadir Hassas, einer der 170 Lehrer der Universität, hat sich intensiv für die Wiedereröffnung der Fakultäten eingesetzt und selbst sechs Monate lang ohne Gehalt gearbeitet. Ein erster Erfolg war die Zuwendung von 1,7 Millionen Rupien aus dem 'Canadian Fund', nach der auch die Lehrergehälter wieder gezahlt werden konnten.

Interview mit Dr. Durrani in Peshawar

Prof. Durrani, wer entwickelte die Idee der afghanischen Universität und wie wurde sie ins Leben gerufen?

In den Jahren, als ich Rektor der Universität Peshawar war, und mir langsam Gedanken über den Ruhezustand machte, entwickelte ich die Idee mit ein paar Kollegen. Erziehung ist einer

der wichtigsten Faktoren für gesellschaftliche Entwicklungsprozesse. Viele der Probleme in Afghanistan wurden durch fehlende Bildung verursacht. Aus bildungspolitischer Sicht bin ich ein großer Anhänger König Amanullahs, er war berühmt für seine Modernisierungsbemühungen und startete Erziehungskampagnen in Afghanistan. Ich wünschte, diese Zeiten könnten wiederkehren, denn meiner Meinung nach hat Afghanistan ohne Bildung und Modernisierung keine Zukunft.

Wir beriefen ein Meeting in der Senatshalle der Universität